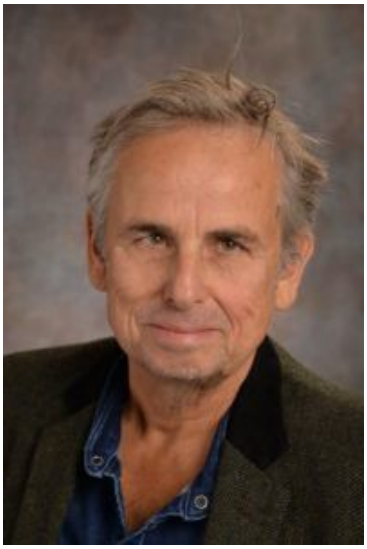
Parlamentarische Vorstösse: Bildungsbürokratie kommt unter Druck

Category: Blog
geschrieben von Alain Pichard | 15. Mai 2021





Alain Pichard. Lehrer

Sekundarstufe 1, Orpund (BE): Realitätsferne Konzepte

Michael Ritter, GLP-Grossrat im Kanton Bern machte letztes Jahr den Anfang. Er verlangte die Einführung einer kontrollierten Lehrmittelfreiheit im Kanton Bern. Die Motion wurde überwiesen und die Lehrerorganisation des Kantons (BIBE), die für solche Dinge eigentlich zuständig wäre, warnte vor einer überstürzten Einführung der Lehrmittelfreiheit.

Kurz darauf folgte eine überparteilich Motion von Sabina Geissbühler Struppler (SVP) und Thomas Brönnimann (GLP), die einen Forschungsauftrag einforderten:

1. Prüfen der Sprachkompetenz nach dem 6. Schuljahr nach vier Jahren Französischunterricht mit mehreren Lehrmitteln,
2. Vergleich der Sprachkompetenz der Frühbeginner mit den Spätbeginnern.

Die Bildungsdirektion empfiehlt Annahme der Motion (5. Mai).



Sabina Geissbühler-Struppler (SV): Faktenbasierte Unterrichtsreform

Im Baselbieter Landrat wurde eine überparteiliche Motion überwiesen, welche einen vermehrten Praxisbezug der Dozentinnen der Fachhochschule

Nordwestschweiz (FHNW) verlangt. Konkret wird die Regierung aufgefordert, im nächsten Leistungsauftrag der Trägerkantone an die FHNW sicherzustellen, dass mindestens 75% der Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragten der PH und der Hochschule für soziale Arbeit der FHNW praktische Unterrichts- bzw. Berufserfahrung haben (ein Minimum von 5 Jahren Unterrichtspraxis).

Begründet wird der Vorstoss damit, dass der fehlende Praxisbezug der LehrerInnen-Ausbildung der Pädagogischen Hochschule schon mehrfach Thema in den Kantonsparlamenten der FHNW-Trägerkantone war. Als Folge davon wurde die Anzahl der Praktika für die Studierenden erhöht und diesbezüglich einige Verbesserungen in die Wege geleitet.
Nichts destotrotz sei das Feedback der Studierenden zur Qualität der Ausbildung in den entsprechenden von der PH durchgeführten Umfragen auf einem bedenklich tiefen Niveau.



Samira Marti, Nationalrätin (SP): Kritische Fragen zur Kompezenzorientierung

Im Nationalrat wurden je eine Interpellation der SP-Nationalrätin Samira Marti und der GLP-Nationalrätin Katja Christ eingereicht, in denen kritische Fragen zur vorgeschlagenen KV-Reform gestellt werden.

Fazit: Nach jahrelangen kritiklosen Absegnungen der behördlichen Bildungspolitik scheint es nun vermehrt Skepsis und Widerstand in den Parlamenten zu geben. Wir können nur hoffen, dass dies auch den behördennahen LehrerInnenverbänden zu denken gibt.

Alain Pichard